

Tim Köhler

DAS RENTENSYSTEM VERSTEHEN

Einführung in die Politische Ökonomie
der Alterssicherung

3. aktualisierte Auflage



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Tim Köhler

Das Rentensystem verstehen

Einführung in die Politische Ökonomie
der Alterssicherung

Tim Köhler

Das Rentensystem verstehen

Einführung in die Politische Ökonomie
der Alterssicherung



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M., 3. aktualisierte Auflage 2023

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Titelbild: v.poth – stock.adobe.com
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
ISBN 978-3-7344-1575-3 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-7566-1575-9 (PDF)
DOI <https://doi.org/10.46499/1907>

Inhalt

Vorwort zur 3. Auflage	7
1. Einführung in das Thema	13
1.1 Die Perspektive der Beitragszahlerin Anne Bauer	13
1.2 Die Perspektive des Rentners Erich Klumm	18
1.3 Die Perspektive des Rentenpolitikers Frank Müller-Riesgau	20
2. Ziele der Alterssicherung	24
2.1 Konsumglättung und Lebensstandardsicherung	25
2.2 Armutsvermeidung	30
2.3 Umverteilung innerhalb und zwischen Generationen .	35
3. Ökonomie der Alterssicherung	47
3.1 Gründe für eine staatliche Pflichtversicherung in der Alterssicherung	48
3.2 Sparen als „Königsweg“ der Altersvorsorge?	53
3.3 Umlagefinanzierung und Kapitaldeckung in der Alterssicherung	65
4. Die Verteilung der Kosten der Alterssicherung	82
4.1 Das Demografie-Problem	85
4.2 Die Bedeutung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsproduktivität	90
4.3 Die Verteilung der künftig steigenden Kosten	95

5. Grundprinzipien des staatlichen Rentensystems . .	100
5.1 Eigenvorsorge im Rahmen des staatlichen Pflichtsystems	101
5.2 Das Prinzip des einheitlichen Rentenbeitragssatzes . .	104
5.3 Wie gut ist die gesetzliche Rente? Altersvorsorgeprodukte im Vergleich	109
6. Stellschrauben der Rentenpolitik	120
6.1 Beitragssatz, Pro-Kopf-Rente und Bundeszuschuss . .	121
6.2 Renten Anpassung und Rentenniveau	132
6.3 Die Verteilungswirkungen von Altersgrenzen	146
7. Die neue Alterssicherungspolitik in Deutschland seit 2001	154
7.1 Die Macht ökonomischer Argumente	155
7.2 Die Politische Ökonomie von Rentenreformen	165
7.3 Die Zukunft der Alterssicherung in Deutschland	173
Literatur	187
Abkürzungsverzeichnis	194
Abbildungsverzeichnis	195

Vorwort zur 3. Auflage

Die Ökonomie der Alterssicherung handelt von der Frage, wie Alterssicherung effizient organisiert werden kann. Effizient meint: ohne Verschwendung knapper Ressourcen. Knappe Ressourcen sind in der Ökonomie vor allem Arbeit und Kapital. Rentensysteme sollen deshalb Arbeitsmärkten möglichst wenig schaden und Kapitalmärkte möglichst fördern. Die Politische Ökonomie der Alterssicherung erweitert den Blick. Sie bezieht die übergeordneten Ziele der Alterssicherung mit ein und handelt von der Frage, welche Akteure aus unterschiedlichen Motiven und mit welchen Folgen bei der Realisierung dieser Ziele Einfluss nehmen. Die übergeordneten Ziele der Alterssicherung sind: Sicherheit, Lebensstandardsicherung, Armutsvermeidung und Umverteilung zur Umsetzung von Gerechtigkeitsvorstellungen in einer Gesellschaft. Effizienz ist aus dieser Perspektive kein Ziel, sondern eine Nebenbedingung, die bei der Verfolgung der eigentlichen Ziele berücksichtigt werden muss. Die Politische Ökonomie der Alterssicherung verknüpft die ökonomische und politische Sichtweise. Für Ökonomen ist das wichtigste Ziel in der Alterssicherung die Effizienz. Sie kann am besten durch Wettbewerb auf Märkten realisiert werden. Dieses Ziel scheint auf den ersten Blick wertfrei zu sein. Tatsächlich enthält es aber die Wertung, dass Effizienz wichtiger ist als Gerechtigkeit. Für Sozialpolitiker stehen dagegen die Ziele Sicherheit und Gerechtigkeit für die Bevölkerung an erster Stelle. Für sie ist nicht die Begrenzung der Kosten, sondern die Verteilung der steigenden Kosten der Alterssicherung in einer alternden Gesellschaft die wichtigste Herausforderung. Ökonomische und politische Ziele stehen in einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zueinander. Davon handelt dieses Buch.

Es hat zwei Stoßrichtungen. Erstens richtet es sich gegen eine verkürzt dargestellte Ökonomie der Alterssicherung in vielen volkswirtschaftlichen Lehrbüchern, in denen der Zielkonflikt zwischen Effizienz und Sicherheit nicht zum Gegenstand der Analyse gemacht wird. Zweitens richtet es sich gegen die neue deutsche Rentenpolitik, die seit 2001 das Ziel der Beitragssatzstabilität höher gewichtet als das Ziel der Lebensstandardsicherung. Beide Stoßrichtungen hängen eng zusammen, denn die seit 2001 in der Rentenpolitik vorherrschenden Beitragssatzziele werden vor allem mit dem Effizienzargument begründet. Der Rentenbeitragssatz ist heute – trotz Alterung und stark gestiegener Anzahl von Renten – niedriger als vor 20 Jahren. Zugleich enthält das Rentensystem in Deutschland weder ein echtes Sicherungsziel noch – anders als in den meisten anderen Industriestaaten – ausreichende Mindestsicherungselemente. Die meisten Menschen in Deutschland wissen nicht, wie hoch ihre Rente einmal im Verhältnis zu ihrem vorherigen Arbeitseinkommen ausfallen wird. Und sehr viele Erwerbstätige hierzulande sind im Alter trotz jahrzehntelanger Vollzeitbeschäftigung und regelmäßiger Beitragszahlungen in das Rentensystem am Ende ihres Erwerbslebens auf Fürsorgeleistungen des Staates angewiesen. Bereits seit Jahren wächst die Altersarmut in Deutschland stark an und wird künftig weiter an Bedeutung zunehmen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Politik diese Problematik ernsthaft aufgreift und im Rahmen eines möglichst breiten gesellschaftlichen Konsenses einer Lösung zuführt. Das Rententhema hat einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung. Es kann Wahlen entscheiden. Die künftigen Bundesregierungen werden daher – egal in welcher parteipolitischen Konstellation – mehr und mehr unter Druck geraten und gezwungen werden, ein durchsetzbares und tragfähiges rentenpolitisches Reformprogramm zu entwickeln.

Die zentralen Herausforderungen der Alterssicherung sind eindeutig: Vermeidung von massenhafter Altersarmut, Sicherstellung einer angemessenen Alterssicherung für langjährig Versicherte und Akzeptanz für das staatliche Alterssicherungssystem. Weniger eindeutig ist, wie diese Aufgaben am besten gelöst werden können. Die Alterssicherungspolitik steht heute vor einer strategischen Grundsatzentscheidung. Soll die gesetzliche Rente sich weiter zu einer Art „Basissicherung“ entwickeln und stattdessen die private Altersvorsorge für die Lebensstandardsicherung im Alter sorgen? Dies wird nur mit mehr Zwang und mit mehr staatlicher Beteiligung an der privaten Vorsorge gelingen. Das zeigt sich bei Ländern wie den Niederlanden, Schweden oder der Schweiz, die seit Jahrzehnten diese Strategie verfolgen. Oder soll die Lebensstandardsicherungsfunktion der gesetzlichen Rente wieder belebt werden? Dies würde im Kern eine Rücknahme des Paradigmenwechsels von 2001 bedeuten. Der Rentenbeitragssatz würde in diesem Fall künftig schneller wieder ansteigen, dafür könnte das Rentenniveau langfristig stabilisiert werden. Der grundlegende Zielkonflikt zwischen der Begrenzung des Beitragssatzanstiegs einerseits und der Sicherung eines ausreichenden Sicherungsniveaus andererseits würde neu austariert. Außerdem müssten soziale Versicherungselemente im Rentensystem – zum Beispiel die rentenrechtliche Bewertung von Ausbildungs- und Arbeitslosigkeitszeiten – wieder gestärkt und die Beitragsbasis – zum Beispiel durch den Einbezug weiterer Personengruppen in das Rentensystem – erweitert werden, damit das Ziel der Lebensstandardsicherung auch in der Zukunft realisiert werden kann. Das Beispiel Österreich zeigt, dass auch diese Strategie grundsätzlich möglich ist. Solange die Politik aber hierzulande der notwendigen strategischen Grundsatzentscheidung ausweicht, wird es keine Rentenreform geben, die zur Lösung der Herausforderungen der Zukunft entscheidend beitragen kann.

Die aktuelle rentenpolitische Diskurslage erinnert an die 1950er Jahre. Seit der Bundestagswahl 1953 hatte die Adenauer-Regierung immer wieder eine „umfassende Sozialreform“ angekündigt. Die wesentlichen Triebkräfte für die Rentenreform 1957 waren die sinkende Akzeptanz des Rentensystems in der Bevölkerung und die steigende Belastung des Bundeshaushalts infolge steigender Zuschüsse in das Rentensystem. Im Konsens der CDU/CSU und SPD wurden gegen massive Widerstände der FDP und der Deutschen Partei (DP) sowie des Arbeitgeberlagers und der Banken- und Versicherungswirtschaft schließlich 1957 die beiden zentralen Grundprinzipien des Rentensystems eingeführt: beitragsfinanzierte Rente ohne Bedürftigkeitsprüfung und Anbindung der Renten an die Löhne. Als Folge davon stiegen die Renten massiv an und die massenhafte Altersarmut der Nachkriegszeit gehörte der Vergangenheit an. Dies ist lange her, aber heute stehen wir vor einer ähnlichen Ausgangslage wie vor 70 Jahren. Eines ist klar: Der Reformdruck im deutschen Rentensystem steigt. Die Politik steht vor weitreichenden Entscheidungen. Der Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in das Rentenalter hat begonnen. Eine drastische Anhebung des Rentenbeitragssatzes steht kurz bevor. Das Rentensystem ist vor allem aufgrund des stabilen Arbeitsmarktes in Deutschland gut durch die Finanzmarkt- und Coronakrise in den Jahren 2009 bis 2022 gekommen. Noch ist die Finanzlage des Rentensystems stabil und es bietet genug Stellschrauben, um die künftigen Herausforderungen bewältigen zu können. Die Politik muss es nur beherzt anpacken und endlich aus ihrer Lethargie herauskommen.

Das vorliegende Buch richtet sich an alle, die sich für die Rente und Fragen der Alterssicherung interessieren. Es thematisiert die wichtigsten Fragen der Rentenpolitik. Besonders intensiv werden dabei die ökonomischen Aspekte des Themas behandelt. Warum ist eine staatliche Pflichtversicherung aus ökonomischer Sicht überhaupt notwendig? Welche Folgen hat ein steigender

Rentenbeitragssatz für die Volkswirtschaft? Und welche ökonomischen Argumente sprechen eigentlich für und gegen einen Ausbau der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge? Die Beantwortung solcher Fragen fördert das Wissen und das Verständnis über die Zusammenhänge auf dem Gebiet der Rentenpolitik. Wenn es gelingt, der Leserin und dem Leser die Vielschichtigkeit des Themas aufzuzeigen, ohne die Lust zu vertreiben, sich weiter mit den angesprochenen Fragen zu beschäftigen, ist das wichtigste Ziel dieses Buchs erreicht.

Dr. Tim Köhler, Berlin im Januar 2023

1. Einführung in das Thema

Das Thema Alterssicherung geht jeden an: Jung und Alt. Die Jungen werden alle mal alt und die Alten waren alle mal jung. „Das Problem ist: Wenn die Zukunft kommt, wird sie zur Gegenwart“ (Barr 2010, 42). Dieser Satz beschreibt das Grundthema von Alterssicherung, nämlich die Vorsorge in der Gegenwart für die Zukunft, die kommt. Im Folgenden soll in die Thematik eingeführt werden, indem die konkreten Situationen einer 46-jährigen Erzieherin und eines 81-jährigen Rentners geschildert und die Reformüberlegungen eines Rentenpolitikers skizziert werden. Dabei werden die Grundfragen und Zielkonflikte in der Alterssicherung sichtbar.

1.1 Die Perspektive der Beitragszahlerin Anne Bauer

Anne Bauer arbeitet Teilzeit als Erzieherin in einer Kindertagesstätte in einem kleinen Ort im Land Brandenburg. Sie hat einen erwachsenen Sohn, der Betriebswirtschaftslehre studiert. 27 Stunden pro Woche bringen Anne Bauer einen monatlichen Bruttolohn in Höhe von 2.750 Euro. Davon werden Steuern und Sozialversicherungsabgaben abgezogen, so dass Anne Bauer auf ein Nettoentgelt in Höhe von 1.638 Euro kommt. Ihr Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung beträgt 256 Euro. Das ist ihr individueller Vorsorgebeitrag im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung. Der Arbeitgeber bezahlt jeden Monat noch einmal denselben Betrag. Das nennt man paritätische Finanzierung und macht verständlich, warum die Höhe des Rentenbeitragssatzes auch eine Angelegenheit der Arbeitgeber ist.

So fließen infolge der Beschäftigung von Anne Bauer Monat für Monat $2 \times 256 = 512$ Euro in die Rentenkasse. Dividiert man 512 Euro durch den Bruttolohn von 2.750 ergibt sich ein Wert von 18,6%. Das ist der Rentenbeitragssatz, mit dem der Lohn jedes sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verbeitragt wird. Je höher der Beitragssatz ausfällt, desto geringer ist das Nettoentgelt, das Anne Bauer auf ihr Girokonto ausgezahlt

bekommt. Läge der Beitragssatz zum Beispiel bei 24,3% – das ist der Wert, der für 2080 prognostiziert wird (Werdning 2016) – dann läge das Nettoentgelt für Anne Bauer 156 Euro niedriger. Dies zeigt: Sie hat grundsätzlich ein Interesse an einem möglichst geringen Rentenbeitrag, denn je höher der Rentenbeitrag, desto geringer ihr Nettoeinkommen. Und auch ihr Arbeitgeber profitiert von einem möglichst niedrigen Rentenbeitrag, denn je höher der Rentenbeitrag, desto höher die Lohnnebenkosten für den Arbeitgeber und desto geringer sein Gewinn.

Allerdings ist dies nur die halbe Wahrheit. Mit ihrem Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung erwirbt Anne Bauer nämlich Rentenanwartschaften in Form sogenannter Entgeltpunkte. Ein Entgeltpunkt kann man sich als eine Art Anteil am künftigen Bruttoinlandsprodukt vorstellen: Je besser die wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere die Löhne sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entwickeln, desto mehr Wert werden die Entgeltpunkte auf dem Rentenkonto von Anne Bauer später einmal haben. Ihr Jahresgehalt 2022 betrug 34.400 Euro. Dafür bekam sie in jenem Jahr 0,88 Entgeltpunkte. Dieser Wert ergibt sich aus der Division ihres Jahresgehalmtes und dem Durchschnittsentgelt aller Versicherten im Jahr 2022. Es betrug 38.900 Euro ($\frac{34.400}{38.900} = 0,88$). Anne Bauer wurden für 2022 also 0,88 Entgeltpunkte auf ihrem Rentenkonto gutgeschrieben. Welchen Wert dieser Punktwert zu dem Zeitpunkt haben wird, wenn sie in die Rente geht, weiß heute noch niemand. Seit 1. Juli 2022 beträgt der Wert eines Entgeltpunktes in Ostdeutschland 35,52 Euro. Ab 1. Juli 2023 wird dieser Wert um voraussichtlich 5,7 Prozent steigen. Der wichtigste Grund hierfür ist die Lohnentwicklung. Nach heutigen Werten hat Anne Bauer für ein Jahr Teilzeit-Arbeit als Erzieherin einen monatlichen Rentenanspruch in Höhe von $0,88 \times 35,52 \text{ Euro} = 31,26 \text{ Euro}$ erworben. Bislang hat sie in ihrem Berufsleben als Erzieherin für die Beitragssumme von ihr und ihrem Arbeitgeber, in Höhe von 123.000 Euro insgesamt 28 Entgeltpunkte erworben. Diese haben aktuell einen Wert von 995 Euro. Die Ein-

kommensposition von Anne Bauer – also das Verhältnis ihres persönlichen Einkommens zum Durchschnittseinkommen der Versicherten – entscheidet am Ende über die Höhe ihrer eigenen Rente. Man spricht daher auch von dem „Lohnersatzcharakter“ der Rente. Je niedriger der künftige Wert der Entgeltpunkte ausfallen wird, desto schwächer wird der „Lohnersatzcharakter“ der Rente sein, weil ein immer geringerer Teil des Einkommens von Anne Bauer später durch die Rente ersetzt wird. Das ist der Grund, warum für sie die Entwicklung des Rentenniveaus so wichtig ist: Das Rentenniveau spiegelt die Entwicklung des Wertes ihrer Entgeltpunkte wider. Sinkt das Rentenniveau, sinkt dieser der Wert im Verhältnis zu den Löhnen der Beitragszahler. Anne Bauer wird spätestens im Jahre 2040 in Rente gehen. Dann ist sie 67 Jahre alt. Sie hofft, dass sich bis dahin das Rentenniveau möglichst gut entwickelt. Anne Bauer hat somit – wie alle Beitragszahlerinnen – zwei Wünsche: einen möglichst niedrigen Beitragssatz *und* ein möglichst hohes Rentenniveau. Diese beiden Wünsche stehen grundsätzlich konträr zueinander: Je niedriger der Rentenbeitrag ist, desto niedriger fallen die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung aus, und desto geringer sind die Rentenzahlungen. Im sogenannten Umlageverfahren wird Monat für Monat das Geld in Form von Renten ausgezahlt, was an Beitragseinnahmen eingenommen wird. Was ist ihr wichtiger? *Heute* mehr Nettoeinkommen haben, oder *später* – wenn sie in Rente geht – eine höhere Rente? Beides – also heute mehr Nettoeinkommen *und* morgen mehr Rente, kann sie nicht haben. Darin besteht ein grundlegender Zielkonflikt in der Alterssicherungspolitik. Sie hofft, dass die Politik für einen ausgewogenen Ausgleich dieses Zielkonfliktes sorgt.

Insgesamt ist die Einkommenssituation von Anne Bauer nicht schlecht: Sie liegt mit ihrem Stundenlohn (brutto, also vor Abzug der Steuer und Sozialversicherungsabgaben) in Höhe von knapp 24 Euro leicht unter dem Durchschnitt der Versicherten. Wenn sie es schafft, bis zum Regelalter von 67 Jahren

zu arbeiten, wird sie eine Rente erhalten, die deutlich oberhalb der Armutsgrenze liegt. Das Wichtigste ist, dass sie bis dahin durchhält und gesund bleibt. Vielleicht steigt ja noch ihr Einkommen, dann wäre für sie ein steigender Rentenbeitrag weniger spürbar. Sie wünscht sich vor allem, dass sie ihren jetzigen Lebensstandard halten kann, solange sie lebt.

Ein wichtiger Aspekt kommt hinzu: die Demografie. Anne Bauer wurde 1973 geboren. Das ist ein – im Vergleich zu den letzten 25 Jahren – relativ geburtenstarker Jahrgang, d.h. in diesem Jahr wurden relativ viele Kinder geboren. Das liegt vor allem daran, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den 1970er Jahren in Deutschland sehr gut verlief und die Menschen insgesamt positiv in die Zukunft blickten. Wenn sie im Jahre 2040 mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze von 67 Jahren in Rente gehen wird, werden mit ihr viele Altersgenossinnen und Altersgenossen ebenfalls in das Rentenalter kommen. Das wird zur Folge haben, dass sich das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen im Rentensystem verschlechtern wird, weshalb der Beitragssatz tendenziell steigen muss. Das ist keine höhere Mathematik, sondern ergibt sich aus den Finanzierungsprinzipien des Rentensystems (Kapitel 3 und 4). Für Anne Bauer bedeutet das allerdings, dass sie einen immer größeren Anteil ihres Gehaltes in die Rentenkasse einzahlen muss, ohne dafür mehr Entgeltpunkte zu bekommen. Im Gegenteil, der Wert ihrer Entgeltpunkte im Verhältnis zu den Durchschnittslöhnen wird sinken, weil das Rentenniveau sinken wird (Kapitel 6.2). Was kann sie dagegen tun? Sie könnte auf 30 oder 40 Stunden pro Woche aufstocken oder über das Alter 67 hinaus weiterarbeiten. Beides scheint für sie als Erzieherin unrealistisch, weil die Arbeit einfach zu hart ist. Oder sie kann zusätzlich sparen. Wenn sie für eine zusätzliche Altersvorsorge spart, würde sich allerdings ihr Nettoeinkommen noch weiter reduzieren und sie bekäme von ihrem Arbeitgeber in diesem Fall – anders als im staatlichen Rentensystem – nicht den Arbeitgeberanteil dazu. Hinzu kommt, dass seit langer Zeit die Realzinsen, d.h. die

Nominalzinsen abzüglich der Inflationsrate, so niedrig sind, dass sich Sparen kaum noch lohnt (Kapitel 3.2). Schließlich kann sie heute auch noch nicht genau abschätzen, *wann* ihre Rente beginnt und erst recht weiß sie nicht, *wie lange* sie später einmal auf ihre Rente angewiesen sein wird. Deshalb kommen für sie zum Beispiel Aktienkäufe zur Aufbesserung ihrer Rente nicht infrage. Sie weiß, dass dies hochriskant wäre. Was ist zum Beispiel, wenn ihr Renteneintritt zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem die Aktienkurse gerade schlecht stehen? Im Grunde möchte sie nicht ständig Risiken und Chancen von verschiedenen Altersvorsorgeprodukten gegeneinander abwägen und dafür den Wirtschaftsteil einer Zeitung lesen müssen. Das interessiert sie nicht. Bankberatern und Versicherungsvertretern glaubt sie sowieso nicht. Sie zweifelt ohnehin daran, dass sie überhaupt Geld übrig hat, um eine zusätzliche Altersvorsorge aufzubauen. Noch muss sie ihren Sohn finanziell unterstützen. Was ist wichtiger? Ihre eigene Altersvorsorge oder die Ausbildung ihres Sohnes?

Entscheidend für Anne Bauers Situation im Alter wird sein, wie sich bis zu ihrem Rentenbeginn die wirtschaftliche Situation in Deutschland insgesamt entwickeln wird. Je stärker die jährlichen Rentenanpassungen bis dahin ausfallen werden, desto höher wird ihre persönliche Rente sein. Wenn zum Beispiel der Rentenanpassungssatz jedes Jahr 1 Prozent beträgt, wird sie im Jahre 2040 erstmals eine Rente in Höhe von 1.900 Euro erhalten, bei 2 Prozent sogar 2.300 Euro. So steht es in der Renteninformation, die sie jedes Jahr von der Rentenversicherung zugeschickt bekommt. Allerdings steht dort nicht, wieviel ihre Rente dann wert sein wird, d.h. wieviel sie sich davon kaufen kann. Und es steht dort auch nicht, wie weit sie mit ihrer Rente weg sein wird von der Sozialhilfe im Alter, die jeder bekommt. Auch diejenigen, die keinen Rentenbeitrag bezahlen oder Altersvorsorge betreiben. Die Rente ist nun einmal ein Erfahrungsgut, wie die Ökonomen sagen, das von hoher Unsicherheit geprägt ist. Immerhin weiß sie aber, dass sie die gesetzliche Rente lebenslang erhalten wird, auch wenn sie sehr alt würde.

Wenn sie Geld sparen würde, wüsste sie nicht, wie lange ihr Ersparnis reichen würde. Und Anne Bauer weiß, dass während dieser Zeit, also während der Rentenbezugsphase, ihre monatliche Rente regelmäßig erhöht wird. Das ist bei privaten Zusatzrenten in der Regel nicht der Fall.

1.2 Die Perspektive des Rentners Erich Klumm

Erich Klumm ist 81 Jahre alt und bezieht seit 1.8.1999 eine Altersrente in Höhe von aktuell 1.378 Euro. Der Bruttorentenbeitrag ist etwas höher: Er liegt bei 1.565 Euro. Davon abgezogen werden aber 114 Euro Krankenversicherungsbeitrag, 25 Euro Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung sowie 48 Euro Pflegeversicherungsbeitrag. Normalerweise steigt die Rente von Herrn Klumm jedes Jahr ein bisschen. In den letzten Jahren betrugen diese jährlichen Rentenanpassungen durchschnittlich rd. 2–3% pro Jahr. Grundsätzlich gilt: Je stärker die Löhne steigen, desto stärker steigt auch sein Rentenzahlbetrag. Die Rentenpolitiker nennen das die „dynamische Rente“. Die Dynamik besteht also in der Steigerung der Renten, die sich vor allem an der Lohnentwicklung orientiert. Mit diesem Mechanismus wird seit der Rentenreform von 1957 sichergestellt, dass die Alten an der Wohlstandsentwicklung beteiligt werden. Allerdings hinken die Rentensteigerungen seit vielen Jahren den Lohnsteigerungen hinterher, weil die Politik 2001 entschieden hat, den Rentenbeitragssatz stabil zu halten und dafür das Rentenniveau abzusenken. Das Hauptargument für diese Entscheidung lautete, dass die Lohnnebenkosten – vor allem die Arbeitgeberanteile an den Rentenbeiträgen – nicht weiter ansteigen sollten, damit die Arbeitslosigkeit nicht steigt (Kapitel 7.1).

Worin besteht die Interessenlage von Erich Klumm? Eigentlich hat er ein hohes Interesse an möglichst stark steigenden Renten, weil er nur die Rente zum Leben hat und weil die Preise auch ständig steigen. Wenn sein Rentenzahlbetrag nicht jedes Jahr zumindest etwas ansteigen würde, dann würde Erich Klumm jedes Jahr ein Stück ärmer. Der Realwert seiner Rente

würde sinken. Den Rentenbeitrag spürt er nicht, weil er ja nicht mehr arbeitet. Und einen Rentenbeitrag bei der Rente gibt es nicht. Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge aber schon, und die sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Trotzdem plädiert Erich Klumm auch – ähnlich wie Anne Bauer – für eine *maßvolle* Rentenpolitik, die nicht nur die Interessen der Rentnerinnen und Rentner, sondern auch die der Beschäftigten im Blick hat. Erich Klumm weiß nämlich, dass ein ständig steigender Rentenbeitrag seine Kinder und Enkelkinder belastet und dem Arbeitsmarkt wahrscheinlich nicht guttut. Und er weiß auch, dass er mit knapp 1.400 Euro Monatsrente gut bedient ist. Die Durchschnittsrente liegt weit darunter. Er hält es gar nicht für sicher, dass seine Enkelkinder einmal eine Rente in dieser Höhe erreichen werden.

Erich Klumm hat während seines Arbeitslebens insgesamt 43 Entgeltpunkte erworben. Davon entfallen 35 Punkte auf Beitragszeiten, also Zeiten in denen er Arbeit hatte und Beiträge bezahlt hat. Phasenweise hatte er richtig gute Zeiten, in denen er doppelt so viel verdient hat als der Durchschnitt der Versicherten. Dafür hat er dann pro Jahr 2 Entgeltpunkte bekommen. Zu den 35 Punkten auf seinem Rentenkonto kommen 8 Punkte aus sogenannten beitragsfreien oder beitragsgeminderten Zeiten hinzu. Beitragsfreie Zeiten sind Zeiten, in denen niemand Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt hat. Trotzdem hat er auch in diesen Zeiten Rentenpunkte gesammelt. Es handelt sich dabei um die 4 Jahre Hochschulstudium, für die er knapp 4 Entgeltpunkte angerechnet bekommen hat. Die beitragsgeminderten Zeiten beziehen sich auf seine 5 Jahre Arbeitslosigkeit. In dieser Zeit hat die Bundesagentur für Arbeit Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt und insgesamt wurden ihm für diese Zeiten ebenfalls 4 Entgeltpunkte auf seinem Rentenkonto gutgeschrieben. Studiert hat er in den Jahren 1956–1960. Arbeitslos war er in den Jahren 1982–1987. Zu jenen Zeiten wurden Hochschul- und Arbeitsloskeitszeiten noch relativ gut bewertet. Heute ist das nicht mehr so. Nach ak-

tuellem Rentenrecht fiele die Rente von Erich Klumm rd. ein Fünftel niedriger aus. Seine Söhne bekämen bei demselben Lebenslauf wie er nicht 1.400 Euro, sondern rd. 1.100 Euro Rente. Er hat das Glück, dass er in seiner eigenen Wohnung wohnt. Die konnte er sich vor vielen Jahren mithilfe einer Erbschaft von seiner Mutter leisten. Heute muss er daher keine Miete zahlen, was für ihn eine große Erleichterung darstellt. Sorgen macht ihm diese Wohnung trotzdem, weil ihm das Geld für Reparaturen fehlt. Wenn es hart auf hart kommt, müssen ihm seine Söhne helfen, die glücklicherweise beide Arbeit haben und gut verdienen. Erich Klumms Beispiel macht deutlich, dass es den Gegensatz zwischen Jung und Alt in der Alterssicherung eigentlich nicht gibt. Die Alten waren einmal selber jung und die Jungen werden einmal alt. Außerdem sind die Alten und Jungen familiär miteinander verbunden. Der Mensch ist ein relationales Wesen mit sozialen Bedürfnissen. Junge denken an ihre Eltern und Großeltern, Alte denken an ihre Kinder und Enkelkinder. Eine ausgewogene Alterssicherungspolitik berücksichtigt daher die tatsächlichen Risiko- und Lebenslagen der Menschen und nimmt möglichst alle Ziele der Alterssicherungspolitik (Kapitel 2) in den Blick. Das ist notwendig, um die steigenden Kosten der Alterssicherung in einer alternden Gesellschaft gerecht zu verteilen (Kapitel 4) und den künftigen Herausforderungen der Alterssicherung gerecht zu werden (Kapitel 7.3).

1.3 Die Perspektive des Rentenpolitikers

Frank Müller-Riesgau

Frank Müller-Riesgau ist Rentenexperte der Grünen. In der Vergangenheit setzte er sich insbesondere für die Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente für weniger Altersarmut und die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung für mehr Gerechtigkeit im Rentensystem ein. Eine Bürgerversicherung bedeutet, dass alle Bürger im staatlichen Rentensystem versichert sind und dass nicht nur die